VD / Einfache Anfrage Sulzer-Wil / Simmler-St.Gallen / Gschwend-Altstätten vom 29. Juli 2025

Was bedeuten die Sparmassnahmen der SRG für die Ostschweiz?

Antwort der Regierung vom 11. November 2025

Dario Sulzer-Wil, Monika Simmler-St.Gallen und Meinrad Gschwend-Altstätten erkundigen sich in ihrer Einfachen Anfrage vom 29. Juli 2025 nach den Auswirkungen der Sparmassnahmen der SRG für die Ostschweiz und Möglichkeiten, die Medienvielfalt in der Ostschweiz zu stärken.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Der mediale Service public der SRG erfüllt eine zentrale Aufgabe für Demokratie, Gesellschaft und Kultur in der Schweiz. Er gewährleistet eine unabhängige, qualitativ hochstehende und vielfältige Berichterstattung, die für eine ausgewogene Meinungsbildung unerlässlich ist. Die SRG stellt sicher, dass regionale Anliegen, Perspektiven und Stimmen Gehör finden und trägt damit auch zur Integration der Ostschweiz in den gesamtschweizerischen öffentlichen Raum bei.

Zu den einzelnen Fragen:

1. *Hat die Regierung Kenntnis davon und sich damit beschäftigt, welche Folgen die Sparmassnahmen und Umstrukturierung der SRG für die regionalen Medien haben bzgl. Angebot, Inhalt, Qualität und Personal?*

   Die Regierung kennt die Sparmassnahmen und Umstrukturierungen der SRG, soweit diese bisher kommuniziert wurden. So steht z.B. am Samstagabend um 17.30 Uhr in den sechs SRF-Regionen keine Nachrichtensendungen mehr mit News und Hintergründen aus dem jeweiligen Einzugsgebiet auf dem Programm. Auch die Sonntagsausgabe der Regionaljournale wird zeitlich verkürzt, ausser wenn Wahlen oder Abstimmungen stattfinden.

2. *Teilt die Regierung die Meinung, dass gerade die «Randregion» Ostschweiz auf eine hochstehende, unabhängige Radio- und Fernsehberichterstattung angewiesen ist? Ist sie bereit, sich dafür bei Bundesrat und SRG einzusetzen?*

   Eine unabhängige, vielfältige und zugängliche Medienlandschaft ist ein Grundpfeiler jeder freien Gesellschaft. Unabhängige Medien informieren die Bevölkerung, kontrollieren staatliches Handeln, ermöglichen öffentliche Debatten und schaffen gesellschaftliche Orientierung. Eine unabhängige und qualitativ hochstehende Radio- und Fernsehberichterstattung durch die SRG trägt hierzu bei.

   Sollte es Anzeichen einer Benachteiligung der Ostschweiz durch die SRG geben, wird die Regierung sich sowohl beim Bundesrat als auch direkt bei der SRG dafür einsetzen, dass die Ostschweiz in den nationalen Medienprogrammen weiterhin angemessen vertreten bleibt, wie sie dies auch schon in der Vergangenheit getan hat.

3. *Welche alternativen oder ergänzenden Möglichkeiten sieht die Regierung, die Medienvielfalt in der Ostschweiz nicht nur sicherzustellen, sondern zu stärken?*

Die Regierung prüft zurzeit, ob und wie der Kanton zur Förderung und Stärkung der Medien im Kanton St.Gallen beitragen kann. Die Wahl des geeigneten Modells hängt von einer detaillierten Analyse der Situation und der Wirksamkeit der verschiedenen Ansätze ab. Priorität für die Regierung hat dabei bei sämtlichen Massnahmen die Sicherstellung der politischen Unabhängigkeit, der technologischen Neutralität, der Nachhaltigkeit sowie der regionalen und lokalen Wirksamkeit.

Die Regierung analysiert derzeit die Medienförderungsmodelle verschiedener Kantone. Massnahmen bzw. die gesetzlichen Voraussetzungen für Massnahmen im Bereich der Medienförderung haben bis heute die Kantone Bern, Freiburg, Genf, Graubünden, Waadt und Wallis ergriffen bzw. geschaffen. Die Ergebnisse der laufenden Analyse fliessen in die Entscheidungsfindung über ein allfälliges Förderprogramm bzw. Medienförderungs-Massnahmen für den Kanton St.Gallen ein.

4. *Mit welchen Konsequenzen für die Medienvielfalt und für die Demokratie rechnet die Regierung, sollte die «Halbierungsinitiative» von der Stimmbevölkerung angenommen werden?*

Die Regierung geht davon aus, dass die mit einer Annahme der «Halbierungsinitiative» einhergehenden finanziellen Einbussen bei der SRG einschneidende Folgen für die Medienvielfalt in der Schweiz nach sich ziehen würden. Eine Reduktion oder gar der Wegfall wesentlicher Teile der regionalen Berichterstattung wären kaum zu verhindern. Damit wären auch wichtige Möglichkeiten zur ausgewogenen, demokratischen Meinungsbildung gefährdet. Zahlreiche internationale Studien widerlegen zudem die These der Verdrängung privater Angebote durch den Service public. Die Regierung beurteilt eine Annahme der Initiative daher als problematisch für die demokratiepolitische Entwicklung des Landes.